

Sozialwohnungs-Mangel

Grüne und Linke scheitern mit Forderung, Gesetz zur Zwecke

Von Rainer Breda

Hildesheim. Soll die Stadt Vermieter dazu zwingen, leerstehende Wohnungen oder Ferienappartements der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, damit sich der Bedarf an preiswertem Wohnraum decken lässt? Diese Forderung der Grünen und der Linken hat am Donnerstagabend zu einer heftigen Debatte im Rat geführt. CDU, SPD und FDP sprachen sich aus inhaltlichen, teilweise auch rechtlichen Gründen gegen die Idee aus, auch Oberbürgermeister Ingo Meyer lehnte sie ab. Vor allem CDU und Linke gerieten sich in die Haare. Das Thema sei mit der Abfuhr nicht erledigt, kündigte Grünen-Fraktionschef Ulrich Rübiger an: „Wir werden quengeln, bis wir Unterstützung bekommen.“

Anlass der Debatte sind Erkenntnisse, nach denen in Hildesheim bis zum Jahr 2025 knapp 1600 Wohneinheiten entstehen müssen. Davon entfallen 700 auf Einfamilienhäuser, es fehlen aber auch rund 500 Sozialwohnungen. Die Verwaltung will den Bedarf in erster Linie durch neue Baugebiete decken. Darin sollen jeweils 20 Prozent der Wohnungen so günstig sein, dass Menschen mit wenig Geld sie mieten können.

Doch Bauen allein reiche nicht und dauere zu lange, meinen Grüne und Linke. Die Stadt müsse auch bestehende Wohnungen nutzen, die leer stehen oder für Touristen genutzt werden – die Möglichkeit dazu biete das neue Landesgesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum. Der Rat sei dazu verpflichtet, Schaden von der Gesellschaft abzuwenden, sagte der Linke Orhan Kara: „Wenn es sein muss, auch gegen den Widerstand der Vermieter.“

Das rief vor allem die CDU auf den Plan. „Wir sind auch dazu da, die Gesellschaft vor solchen Umverteilern wie Ihnen zu schützen“, hielt Dennis Münter dem Linken vor.



Grüne und Linke haben bei ihrem Antrag unter anderem das leerstehende Eckhaus gekauft. Grünen-Ratsherr Volker Spieth. CDU-Politiker Dennis Münter warnte dagegen.

Man wisse doch gar nicht, warum Vermieter Wohnungen leer stehen ließen. Zudem kämen beim Umverteilen höchstens 40 Wohnungen heraus, besser sei eine große Lösung durch Baugebiete. In diesen sollte der Sozialwohnungs-Anteil steigen, regte FDP-Vertreterin Julia Zink-Tänzer an. Sowohl sie als auch SPD-Ratsherr Detlef Hansen bezweifelten, dass Hildesheim die rechtlichen Voraussetzungen erfülle, um das Gesetz anwenden zu können – ein „besonderer“ Wohnraumangel sei nicht nachgewiesen. Zudem müsste die Stadt erst den tatsächlichen Leerstand kennen, betonte FDP-Ratsherr Michael

Kriegel: Wenn der erfasst sei, könne man sich erneut unterhalten. Oberbürgermeister Ingo Meyer trat ebenfalls auf die Bremse – wegen rechtlicher Vorbehalte, aber auch, „weil wir nicht als Erste loslaufen müssen“. Die Stadt wolle lieber beobachten, wie die Dinge in Göttingen und Lüneburg liefen. Beide Städte wollen das Gesetz anwenden.

Schärfe brachte unter anderem Hansen in die Diskussion: Der SPD-Politiker warf Grünen und Linken vor, ihr Antrag solle den Eindruck erwecken, sie hätten eine Lösung für die Probleme, letztlich betrogen sie die Bürger aber damit.